

DIN 19 051



# DER NEUE WEG

ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark

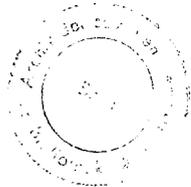
SPD

**Regierungsprogramm 1990–1994**

# **DER NEUE WEG**

**ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark**

Beschlossen vom SPD-Parteitag in Berlin  
am 28. September 1990



A90-5465

## Inhaltsverzeichnis

	Textziffer	Seite
<b>Präambel:</b> Unser Weg zum modernen Deutschland	1-7	5
<b>I. Für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft</b>	8-34	7
<b>Die erste Säule:</b> Die ökologische Energiebesteuerung	11-22	7
Stichwort: Rückgabe der Öko-Steuern	13-16	8
Stichwort: Energiekonzeption für die neuen Länder	17-20	8
Stichwort: Ausstieg aus der Kernenergie	21-22	9
<b>Die zweite Säule:</b> Die Umweltabgaben	23	9
<b>Die dritte Säule:</b> Das Umweltordnungsrecht	24-34	9
Stichwort: Landwirtschaftspolitik	30-33	10
Stichwort: Neue Verkehrspolitik	34	11
<b>II. Für soziale Sicherheit in Deutschland</b>	35-65	13
<b>Arbeitsplätze</b> schaffen	37-45	13
Stichwort: Investitionen	38	13
Stichwort: Arbeitszeitverkürzung	39	13
Stichwort: Qualifizierung	40-45	13
<b>Wohnungsnot</b> bekämpfen	46-53	14
Die <b>Gleichstellungspolitik</b> neu orientieren	54-58	16
Stichwort: Kindergeld	54	16
Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	55-56	16
Stichwort: Gleichstellung, nichteheliche Lebensgemeinschaften	57	17
Stichwort: Schwangerschaftsabbruch	58	17
Das <b>soziale Netz</b> sichern	59-64	17
Stichwort: Soziale Grundsicherung	59	17
Stichwort: Renten	60	17
Stichwort: Pflege, Gesundheit, Drogen	61-64	18
<b>Steuergerechtigkeit</b> herstellen	65	18
<b>III. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen</b>	66-100	19
Maßnahmen für <b>Arbeitsplätze</b> in den neuen Ländern	68-71	19
Stoff Strohfeuer: <b>Infrastruktur</b> fördern	72-74	20
<b>Keine ungedeckten Wechsel</b> auf die Zukunft	75-80	20
Aus dem <b>Ende des Ost-West-Konflikts</b> Konsequenzen ziehen	81-86	21
Unser Ziel: Die Vereinigten Staaten von <b>Europa</b>	87-89	22
Verantwortung nicht nur für Deutschland und Europa — auch für die „ <b>Dritte Welt</b> “	90-92	23
<b>Modernisierung der staatlichen Verwaltung</b>	93-95	24
Mehr <b>Demokratie</b> wagen	96-100	24
Stichwortverzeichnis		27

# Präambel: Unser Weg zum modernen Deutschland

1. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche. Die Nachkriegszeit ist zu Ende, die **deutsche Teilung** überwunden. Was zusammengehört, hat zusammengefunden. Die Deutschen leben wieder in einem Staat. Jetzt geht es darum, die **Lebensbedingungen** der Menschen zu verbessern. Dies ist die große Aufgabe der nahen Zukunft.

2. Wir wollen das **moderne Deutschland** gestalten.

- Ein Deutschland, von dem **Frieden** ausgeht.
- Ein Deutschland, das seinen Platz in einem **geeinten Europa** sieht und das Zusammenwachsen der Völker in der Welt fördert.
- Ein Deutschland des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit, der humanen Arbeit und der **sozialen Sicherheit** für alle.
- Ein Deutschland, das weltoffen ist, in dem **Bildung und Kultur** einen hohen Rang einnehmen und das kulturelle Minderheiten schützt und fördert.
- Ein Deutschland, das sich solidarisch mit den zukünftigen Generationen, seiner Verantwortung für unsere **Umwelt** bewußt ist.
- Ein Deutschland der gesellschaftlichen **Gleichstellung** von Frau und Mann, eine Gesellschaft der Gerechtigkeit ohne Privilegien, Diskriminierung und Ausgrenzung, eine Gesellschaft ohne Ausländerfeindlichkeit.
- Ein Deutschland mit einem **modernen, effizienten Staat**, getragen vom Enga-

gement und der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.

3. Für dieses moderne Deutschland brauchen wir ein **fortschrittliches Leitbild**. Und Mut zu reformfreudigem Handeln. Die Sozialdemokratische Partei hat beides. Oskar Lafontaine und eine sozialdemokratische Bundesregierung stehen dafür.

4. **Sozialdemokratische Regierungen haben** an der Küste beim Schiffbau, im Ruhrgebiet und im Saarland bei Kohle und Stahl große **Erfahrungen** mit sozialverträglichen wirtschaftlichen Strukturveränderungen in **Krisenregionen** gewonnen. Diese Erfahrungen werden wir bei der Überwindung der Krise im Osten Deutschlands einbringen. Da, wo es wirtschaftlich und sozial schwierig wurde in Deutschland – in den vier norddeutschen Ländern, in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und an der Saar – haben die Menschen auf uns gesetzt.

Ihr Vertrauen ist nicht enttäuscht worden. Sozialdemokratische Regierungen haben gezeigt, wie der Erhalt von **Arbeitsplätzen** und die **soziale Vorsorge** zum Dreh- und Angelpunkt wirtschaftlicher Umstrukturierung gemacht werden können. Solche Regierungserfahrungen werden wir auf dem Weg zu einem modernen Deutschland nutzen.

Unsere Vorschläge sind **solide geprüft und gerechnet**. Wir versprechen nur, was machbar und finanzierbar ist. Wir wissen, daß alle unsere Vorhaben unterschiedliche Wirkungen bei Bund, Ländern und Gemeinden haben und daß sie nur realisiert werden können, wenn sie zwischen den Gebietskörperschaften finanziell austariert werden. Wir wollen glaubwürdig bleiben. Wir wissen, daß sich die **Lebensverhältnisse** im westlichen und östlichen Teil unseres Landes nicht auf einen Schlag angleichen lassen. Doch Schritt für Schritt werden wir die Spaltung der Gesellschaft überwinden. Erst dann wird Deutschland vereint sein.

5. Im Zentrum unseres Konzepts steht der **ökologische Umbau der Industriegesellschaft** – ein Feld, das die „Weiter-so“-Politik der Regierung Kohl straflich vernachlässigt hat.

Ohne eine gesunde Umwelt wird es keinen dauerhaften Wohlstand geben. Investitionen in die Umwelt machen uns reicher. Sie sichern unser Überleben und schaffen Arbeitsplätze.

Die **ökologisch-soziale Marktwirtschaft** muß ein Kernstück des modernen Deutschlands sein.

6. Die SPD steht wie keine zweite Partei für **soziale Sicherheit**.

Mit **öffentlichen Investitionen** in den Bereichen Verkehr, Wohnungsbau und Umweltsanierung wollen wir **Arbeitsplätze** schaffen.

Wir befürworten eine **Verkürzung der Arbeitszeit**, die weitere Humanisierung der Arbeitswelt und wollen eine **Qualifizierungsoffensive** starten.

Wir werden die gesellschaftliche **Gleichberechtigung von Frau und Mann** fördern. Vor allem werden wir die Voraussetzungen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** verbessern.

Wir werden das soziale Netz sichern und erweitern. Insbesondere wollen wir den Grundstein einer **sozialen Grundsicherung** legen. Die **Renten** wollen wir sicher machen, **Pflegefälle** besser absichern und eine **Gesundheitsreform** durchführen, die diesen Namen verdient. Zudem werden wir auf **Steuergerechtigkeit** achten.

7. Die deutsche Einheit bietet große Chancen zur **Verbesserung der Lebensbedingungen** der Menschen.

Doch zunächst gilt es, daß die Wirtschaft in den neuen Ländern möglichst schnell aus der Krise herausfindet, die in der Kommandowirtschaft des früheren SED- und Blockparteienregimes ihre Ursache hat und

durch die falsche Politik der Kohl-Regierung verstärkt wurde. Eine überhasnete und wirtschaftspolitisch nicht abgesicherte **Währungsunion** hat der dortigen Wirtschaft keine Chance gelassen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau, die schrittweise Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur werden in den neuen Ländern vielen Menschen Arbeit bringen.

Anders als die Kohl-Regierung werden wir dem **Ende des Ost-West-Konflikts** Rechnung tragen. Da zwischen West- und Osteuropa kein Verhältnis der Konfrontation mehr besteht, ist **drastische Abrüstung** geboten. Dadurch werden finanzielle Mittel frei, die wir verwenden wollen, um nicht nur in **Deutschland und Europa**, sondern auch in der **„Dritten Welt“** mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Wir wollen die **staatliche Verwaltung** effektiver machen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung eröffnen. Dazu gehört auch mehr **Mitbestimmung** für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Betrieb.

# 1. Für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft

8. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die **ökologische Ausrichtung der sozialen Marktwirtschaft** ist das herausragende politische Ziel des nächsten Jahrzehnts.

9. **Ökonomie und Ökologie** müssen stärker zusammenfinden. Mit dem ökologischen Umbau ist der Aufbau neuer Produktions- und Dienstleistungsstrukturen verbunden – neue, sichere Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen umweltverträgliche und moderne Wohnungen, Verkehrsmittel, Energieversorgungseinrichtungen, Industrieprodukte und Konsumgüter. Dafür sind neue Technologien, neue Dienstleistungen notwendig. Wer heute die ökologischen Spitzenprodukte entwickelt, wird morgen die besseren **Verkaufschancen** haben.

10. Beim Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern, bei der städtebaulichen und verkehrstechnischen Planung haben wir die Chance, die in der Aufbauphase der Bundesrepublik begangenen ökologischen Sünden nicht zu wiederholen. Wirtschaftliches Wachstum ist notwendig, aber es muß ein **ökologisch vernünftiges Wachstum** sein.

Wir brauchen einen **„ökologischen Kasenssturz“**, um uns ein genaues Bild über die Schadenshinterlassenschaft des alten Regimes und das Ausmaß der bevorstehenden Aufgaben machen zu können. Selbstverständlich müssen in den neuen Ländern dieselben hohen Investitionsstandards wie in den alten gelten. Die Altlasten sollen nach und nach abgetragen werden. Die Sanierung alter und der Bau neuer, moder-

ner Klaranlagen sind vordringliche Aufgaben.

## Die erste Säule: Die ökologische Energiebesteuerung

11. Wer die Umwelt wirksam schützen will, muß bei den Schadensursachen ansetzen: Es kommt darauf an, **weniger Energie** zu verbrauchen.

Nicht nur im Energieverbrauch, auch im Ausstoß von Luftschadstoffen ist Deutschland Weltspitze. Die Energiepolitik hat demnach eine große strategische Bedeutung für die ökologische Erneuerung. Sie muß vor allem solche Investitionen fördern, die auf eine sparsamere und rationellere Nutzung der Energie zielen.

Dabei setzen wir nicht auf den Staat allein, sondern wir wollen durch eine angemessene und sozialverträgliche Preispolitik auch die **Kräfte der Marktwirtschaft** nutzen. Unsere Umwelt darf nicht länger zum Nulltarif belastet werden. Wer Energie verschwendet, soll dafür bezahlen; wer Energie spart, soll belohnt werden.

Dies ist die **erste Säule** unseres ökologischen Umbaukonzeptes.

12. Mit der ökologischen Besteuerung des Energieverbrauchs, besonders der Besteuerung von Mineralölprodukten und von Gas, wollen wir beim industriellen und privaten Verbrauch die eingesetzte Energie besser ausnutzen, d. h. die Energieproduktivität steigern.

Wir wollen das Öko-Steuer-Konzept des Arbeitsberichts Fortschritt '90 für das gesamte Deutschland. Die **Golf-Krise** bestätigt die Notwendigkeit unseres Konzepts der sparsamen Energieverwertung. Die Beträge müssen in Kenntnis der aktuellen Marktverhältnisse festgelegt werden, wobei Fortschritt '90 die Orientierungswerte gesetzt hat.

Die deutsche Industrie hat das Know-how, ihre **Umwelttechnologie** (z. B. Öko-Polo, Wirbelschichtfeuerung für Kohlekraftwerke,

energiesparende Haushaltsgeräte) zu einem großen **Exportschlag** zu machen. Es geht darum, den ökologischen Innovationskräften der Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Auch die **Forschungs- und Technologiepolitik** wollen wir in den Dienst der ökologischen Erneuerung stellen.

### Stichwort: Rückgabe der Öko-Steuern

13. Wir wollen Arbeit steuerlich entlasten und den Energieverbrauch belasten.

Bei der Lohn- und Einkommensteuer werden wir höhere Grundfreibeträge einführen. Im Unterschied zur unsozialen Steuerreform der Kohl-Regierung werden somit alle Einkommensschichten gleichermaßen entlastet, die Spitzenverdienste nicht bevorzugt. **Nichtsteuerpflichtige** erhalten einen entsprechenden Ausgleich.

14. Wir führen für alle Verkehrsmittel eine ökologisch orientierte **Entfernungs- bzw. Fernpendlerpauschale** ein. Wer eine Fahrgemeinschaft bildet, zu Fuß geht oder mit Bahn, Bus oder Fahrrad zur Arbeit fährt und sein Auto stehen läßt, der spart Energie und schützt die Umwelt. Dieses umweltfreundliche Verhalten wird durch die Entfernungspauschale honoriert. Die bisherige einseitige steuerliche Bevorzugung des Autos wird beendet und durch eine Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel abgelöst.

15. Wir schaffen die **Kraftfahrzeugsteuer** ab. Denn nicht das Halten eines Autos, sondern das Fahren verpestet die Luft. Für Schwerbehinderte wird es einen Ausgleich geben.

16. Ein Teil der Mehreinnahmen aus der Öko-Steuer soll in die Umwelt reinvestiert werden, so etwa zur Förderung von Maßnahmen der **Energieeinsparung** in Gebäuden oder des Umweltschutzes in Betrieben.

### Stichwort: Energiekonzeption für die neuen Länder

17. Die Energieversorgung in den neuen Ländern ist einseitig auf die **Braunkohle** ausgerichtet. Anhand eines neuen Energiekonzeptes wollen wir dies ändern.

18. Deshalb werden wir ein **Energiesparprogramm** erstellen, um die rationellere Energienutzung in Gebäuden, den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung bei Nah- und Fernwärme sowie den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

Zu einer rationellen Nutzung der Energie wollen wir auch dadurch anreizen, daß wir die Subventionen für Strom und Wärme in einem sozialverträglichen Ausmaß kürzen. Die höheren Erlöse fragen zur Finanzierung des Modernisierungsprogramms bei.

19. Auch wenn die SPD den Stromvertrag der Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik mit der DDR nicht verhindern konnte, wollen wir für das geeinte Deutschland sobald wie möglich einen **neuen energiepolitischen** Rahmen. Wir wollen das **Energiewirtschaftsgesetz** novellieren und die Energieversorgungsunternehmen zu Energiedienstleistungsunternehmen umwandeln.

Wir wollen:

- Aufbau einer **dezentralen Versorgungsstruktur**, die hauptsächlich von den Kommunen getragen wird.
- Vorrang für eine **rationelle Energienutzung**, so z. B. die Kraft-Wärme-Kopplung bei Nah- und Fernwärme.
- Einführung **linearer Stromtarife** und schärferer Wärmeschutzstandards.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für **erneuerbare Energien**.
- Vermeidung von **Energieversorgungsmonopolen**.

20. Die Energieversorgung in Deutschland darf nicht völlig vom Ausland abhängig

werden. Eine gewisse Eigenständigkeit ist nur solange gewährleistet, wie ein ausreichender **Versorgungssockel an heimischer Kohle** zur Verfügung steht. Die entsprechende Regelung einer ökologisch vertraglichen Kohleverstromung ist unabdingbar.

### Stichwort: Ausstieg aus der Kernenergie

21. Die weitere Nutzung der **Kernenergie** ist auf Dauer nicht mehr zu verantworten. Eine Katastrophe ist nicht auszuschließen. Allein der Unfall in Tschernobyl hat über 2 Millionen Menschen in der Sowjetunion getroffen, die Schäden werden in einer Generation nicht beseitigt sein. Die Entsorgung ist weltweit ungelöst. Die Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie ist nicht möglich. Wer daher die Kohle durch Kernenergie ersetzen will, ist ein Vabanque-Spieler.

22. Verantwortungsbewußtsein gebietet den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie. Neue Kernkraftwerke werden nicht mehr geplant oder gebaut. Derzeit in Bau befindliche Kernkraftwerke werden nicht mehr in Betrieb genommen. Die Sicherheitsstandards sind konsequent und extensiv auf alle bestehenden Kernkraftwerke anzuwenden. Bei Nichterfüllung sind die Kernkraftwerke sofort abzuschalten. Wir werden unseren Entwurf für ein **Kernenergieabwicklungsgesetz** in die Tat umsetzen. Während der Übergangszeit soll die Risikodeckung für nukleare Unfälle auf 10 Mrd. DM erhöht werden. Auch diese Kosten der Kernenergie müssen in die Preiskalkulation eingehen.

Wir wollen den **Euratom-Vertrag** ändern.

Wir werden die öffentlich geförderte **Forschung** umpolen:

Schwerpunkte sollen in Zukunft erneuerbare Energien und neue Energiespartechniken sein.

### Die zweite Säule: Die Umweltabgaben

23. **Umweltabgaben** bilden die zweite Säule unseres ökologischen Umbaukonzeptes. Das Aufkommen aus solchen Abgaben wollen wir im Rahmen des Programmes „**Arbeit und Umwelt**“ in den Umweltschutz investieren.

Wir wollen Abgaben erheben auf

- **Einweggetränkeverpackungen**, um die Müllflut einzudämmen;
- **Sondermüll**, um die Menge an hochgiftigen Abfällen zu verringern;
- **Luftschadstoffe**, um die Schadstoffemission industrieller und energiewirtschaftlicher Feuerungsanlagen noch mehr zu senken. Altanlagen in den neuen Ländern sollen erst nach einer angemessenen Umstellungsfrist mit einer solchen Abgabe belastet werden.

Die **Abwasserabgabe**, die sich bisher bewährt hat, wollen wir erhöhen, damit Flüsse und Seen, Nord- und Ostsee schneller sauber werden.

### Die dritte Säule: Das Umweltordnungsrecht

24. Neben Öko-Steuern und Umweltabgaben ist das **Umweltordnungsrecht** die **dritte Säule** des ökologischen Umbaus. Der Staat muß auch weiterhin Rahmenentscheidungen treffen. **Gefährliche Stoffe** – wie FCKWs – sind nicht zu verteuern, sondern zu **verbieten**. Wir treten für scharfe Umweltnormen nicht nur national, sondern vor allem EG-weit ein. Wir wollen eine **Verschärfung** des Umweltstrafrechts, des Umwelthaftungsrechts und des Abfallgesetzes (Rücknahme- oder Pfandpflichten für schadstoffhaltige Produkte und Einwegverpackungen) sowie des Lebensmittelrechts. Wir wollen im Abfallgesetz eine grundlegende Verantwortung der Produzenten für Produktion und Entsorgung ihrer Produkte durchsetzen. Bei der Verschärfung des Abfallgesetzes soll der Vorrang der Vermei-

dung und der stofflichen Verwertung gesetzlich fixiert werden.

Wir wollen die Verschärfung des Chemikaliengesetzes, eine einheitliche Chlorbilanz, die Aufarbeitung der Altstoffe, ein Anwendungsverbot für krebserregende und erbgutverändernde Stoffe. Wir wollen gleichzeitig die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Betrieben. Gesundheitsgefährdende gefährliche Stoffe sind zu verbieten, benötigte Gefahrstoffe auf mögliche Ersatzstoffe hin zu überprüfen. Deren Einsatz ist gesetzlich zu regeln. Wirtschaftlichkeitserwägungen dürfen im Arbeitssicherheitsgesetz nicht länger Vorrang vor dem Gesundheitsschutz Beschäftigter haben.

25. Wir wollen, daß die **Verbraucherinnen** und die Verbraucher ihre Interessen gleichwertig gegenüber Wirtschaftsinteressen durchsetzen können. Wir wollen gesunde Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände.

26. In ganz Deutschland wollen wir erreichen, daß größere zusammenhängende Flächen vorrangig unter Naturschutz gestellt werden.

Der Osten Deutschlands ist noch nicht so zersiedelt wie der Westen. Wir werden den neuen Bundesländern helfen, in ihren zukünftigen **Raumordnungsplänen** Fehler zu vermeiden, die früher in der Bundesrepublik gemacht worden sind.

27. Wir wollen für alle Bürgerinnen und Bürger und Naturschutzverbände den **freien Zugang zu umweltrelevanten Daten** gesetzlich regeln sowie den Umweltschutz in das Betriebsverfassungsgesetz aufnehmen und die Betriebe verpflichten – neben der Gewerbe- und Kommunaufsicht – eigenständige und unabhängige Umweltbeauftragte zu bestellen.

28. Wir wollen das **Umweltverträglichkeitsgesetz** wirksamer gestalten, das Naturschutzgesetz erneuern und ein Biotopschutzprogramm für ganz Deutschland vorlegen. Selbstverständlich wollen wir die

Naturschutzgebiete in den neuen Ländern erhalten, vor allem auch die Biosphärenreservate entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Wir wollen ein Rettungsprogramm für die Nord- und Ostsee aufstellen.

29. Eine Umorientierung der Energie- und Verkehrspolitik soll dem Waldsterben Einhalt gebieten. Ziel unserer Forstwirtschaftspolitik ist ein naturgemäßer Waldbau.

#### **Stichwort: Landwirtschaftspolitik**

30. Der Grundsatz, **Ökologie und Ökonomie** miteinander in Einklang zu bringen, gilt erst recht für die **Landwirtschaftspolitik**. Noch zwingt eine unnötige Agrarpolitik die Landwirte, durch Einsatz chemischer Mittel Überschüsse zu produzieren. Diese Überbeanspruchung des Bodens und diese Verunreinigung des Grundwassers werden wir nicht länger fördern. Unterstützen wollen wir hingegen einen weniger intensiven Ackerbau und eine naturnähere Tierhaltung. Wir wollen vor allem auf europäischer Ebene den Natur- und Landschaftsschutz ausbauen.

31. Die Landwirtschaft in den neuen Ländern braucht Hilfe zur Selbsthilfe – und dies mindestens für die nächsten 5 Jahre. Ohne ausreichende Unterstützung kann der Zerfall landwirtschaftlicher Betriebe nicht gestoppt werden. Will die Landwirtschaft in den neuen Ländern im europäischen Wettbewerb bestehen, muß sie in ökologischer und ökonomischer Hinsicht umstrukturiert werden. Marktwirtschaftliche Verarbeitungs- und Verkaufsverfahren müssen eingeführt, der Einsatz chemischer Mittel muß zurückgeführt werden.

32. Dieser schwierige Umstellungsprozeß der ostdeutschen Landwirtschaft soll durch **Weiterbildung** oder **Umschulung** von Bauern und Bäuerinnen und allen in der Landwirtschaft Beschäftigten erleichtert werden. **Beschäftigungsgesellschaften** z. B. könnten helfen, soziale Härten zu vermeiden.

33. Die bisherigen LPGs müssen in eigenwirtschaftliche Betriebe übergehen. Dies setzt eine umgehende **Regelung der Eigentumsfragen in der Landwirtschaft** voraus, ohne die eine Umstrukturierung und Anpassungsinvestitionen nicht möglich sind. Vor allem müssen die Ergebnisse der Bodenreform von 1946 bis 1949 rechtlich abgesichert werden. Um unrechtmäßige Enteignungen nach 1949 zu korrigieren, sollten die Eigner in erster Linie finanziell entschädigt werden, nur in besonderen Fällen sollen die Enteignungen rückgängig gemacht werden. Es müssen Eigentums- und Gesellschaftsformen jeder Rechts- und Organisationsform sowohl genossenschaftlicher als auch privatwirtschaftlicher Art ermöglicht und gefördert werden.

Die Bildung landwirtschaftlicher Selbstverwaltungen ist voranzutreiben und beratend zu unterstützen.

#### **Stichwort: Neue Verkehrspolitik**

34. Deutschland droht der Verkehrsinfarkt. Die Umweltschäden, die der Verkehr verursacht, werden größer und größer. Eine **neue Verkehrspolitik** national und EG-weit tut not.

– Wir werden das **Schiennetz** modernisieren und ausbauen – vorrangig die Ost-West-Bahnverbindungen. Der Güterferntransport gehört auf die Schiene, vor allem die Gefahrguttransporte.

– Auch der **öffentliche Personennahverkehr** muß umfassend reorganisiert werden. Im innerstädtischen Verkehr wird dem ÖPNV der Vorrang eingeräumt. Der ÖPNV wird in der Fläche mit dem Regionalverkehr durch Verkehrsverbünde verknüpft.

– Bei der Bahn ist die **Trennungsrechnung** einzuführen. Die Wegekosten übernimmt die öffentliche Hand.

– **Innerdeutsche Flüge** sind zu reduzieren und der Flugverkehr ist möglichst auf die Schiene zu verlagern.

– Vor allem das Verkehrssystem und das **Straßennetz** in den **neuen Ländern** sollen modernisiert und auf umweltverträgliche Weise ausgebaut werden.

– Auf unseren Straßen wollen wir ein einheitliches **Tempolimit** einführen (PKW: 120 km/h Autobahn, 90 km/h Landstraßen, 30 km/h in Wohngebieten; LKW: 80 km/h auf Autobahnen und Landstraßen, 30 km/h in Wohngebieten).

– Spätestens ab 1992 sollen Neuwagen ohne einen **Katalysator** der den strengen US-Grenzwerten entspricht, nicht mehr zugelassen werden. Für Personen- und Lastkraftwagen sollen schärfere **Lärmgrenzwerte** gelten. Bei neuen Kraftfahrzeugen soll der Kraftstoffverbrauch durch Festlegung von **Grenzwerten** verringert werden.

## II. Für soziale Sicherheit in Deutschland

35. Der Schutz der Umwelt geht Hand in Hand mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Volkswirtschaft ökologisch zu erneuern und dabei allen Menschen die Chance auf einen Erwerbsarbeitsplatz zurückzugeben – das ist die Herausforderung der 90er Jahre. Kein Zweifel, daß ein solches Ziel nur mit großer **wirtschaftlicher Leistungskraft** zu erreichen sein wird.

36. War die Bundesrepublik bisher schon ein **hervorragender Unternehmensstandort**, so wird das vereinte Deutschland an Attraktivität noch gewinnen. Wir werden dafür sorgen, daß Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt.

Die Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Unternehmen wollen wir abbauen und die wirtschaftliche Selbständigkeit z. B. durch die Einführung einer **steuerfreien Investitionsrücklage** fördern.

### Arbeitsplätze schaffen

37. Wirksame Maßnahmen, die zu mehr Arbeitsplätzen führen, sind notwendig. Wir setzen auf den **Dreiklang ökologisch orientierter Investitionen, Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung**.

### Stichwort: Investitionen

38. Wir wollen **ökologisch orientierte Investitionen**

- durch die Neuorientierung der **Verkehrspolitik**, die den öffentlichen Personennahverkehr und die Bahn stärkt;
- durch die steuerliche Förderung von **Energiesparinvestitionen** bei Gebäuden und betrieblichen Umweltinvestitionen;

– durch den Ausbau des **sozialen Wohnungsbaus**;

– durch das Programm „**Arbeit und Umwelt**“, das private und öffentliche Investitionen fördert.

### Stichwort: Arbeitszeitverkürzung

39. Wer sich wie wir mit der Massenarbeitslosigkeit nicht abfinden will, muß die Arbeit durch **Arbeitszeitverkürzung** gerechter verteilen. Das ist auch familienpolitisch geboten. Der Samstag darf nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden. Wir werden die gesetzlichen Arbeitszeitschriften der Tarifwirklichkeit anpassen und weniger Überstunden zulassen. Für die neuen Länder soll die bisher dort geltende Vorruhestandsregelung für eine Übergangsfrist von zwei Jahren beibehalten werden.

### Stichwort: Qualifizierung

40. Bei der Modernisierung unserer Volkswirtschaft, bei der **Festigung der Demokratie**, bei der Bewältigung des Strukturwandels in Ost und West, bei der Vermeidung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit hat die **Weiterentwicklung des Bildungssystems** eine zentrale Bedeutung. Das gilt für die **berufliche Erstausbildung**, für die **Hochschule** und die **Weiterbildung**. Im Prozeß der deutschen Einigung muß hier ein erheblicher Nachholbedarf abgedeckt und beim Fortschreiten der europäischen Einigung den erhöhten Anforderungen an berufliche und allgemeine Kompetenzen entsprochen werden.

Bildung muß allen offenstehen. Auszubildende und Studenten sind so zu unterstützen, daß sie in eigener Verantwortung ihren Berufsweg gehen können. Das BAföG muß für Studierende an die von Studentenwerken ermittelten Lebenshaltungskosten angehoben werden. Die Darlehenshöhe muß reduziert und die Rückerstattung des Darlehens auf das spätere Einkommen bezogen und sozial gerecht gestaffelt werden.

41. Arbeitszeitverkürzung und Überstundenabbau schaffen auch Nachfrage nach Arbeitskräften. Sie kann nur gedeckt werden, wenn es gelingt, bisher Arbeitslose entsprechend zu qualifizieren. Deshalb brauchen wir eine **Qualifizierungs offensive**, zumal es besser ist, in Qualifizierung zu investieren, anstatt einfach nur Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Die hohe Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist im europäischen Wettbewerb ein wichtiger Standortvorteil. Diese Stärke wollen wir durch die Qualifizierungsoffensive erhalten und für ganz Deutschland sichern.

42. Wir wollen die **Weiterbildungsmaßnahmen** für zuvor Arbeitslose deutlich verstärken (und dabei den Frauenanteil erhöhen) sowie den Weiterbildungsurlaub ausweiten.

43. Wir brauchen ein Programm, mit dem der Staat sicherstellt, daß **Langzeitarbeitslose** und arbeitslose Jugendliche einen Arbeitsplatz erhalten.

44. Die Aus- und Weiterbildung muß auch zur dauerhaften Sicherung der neuen Länder als Industriestandorte beitragen. Dabei können – ausweislich der Krisenerfahrungen in der westdeutschen Stahlindustrie z. B. an der Saar – **Beschäftigungsgesellschaften** helfen. In ihnen werden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die nicht in den Unternehmen verbleiben können, aus verschiedenen Betrieben zusammengefaßt. Sie bündeln Beratungs- und Qualifizierungsangebote und steuern den Einsatz der Betroffenen auf neugeschaffene Arbeitsplätze. Ihre Finanzierung erfolgt aus öffentlichen Mitteln, z. B. AFG, Treuhandanstalt, EG und aus Unternehmens- und Spendennitteln.

Die Beschäftigungsgesellschaft ist die Organisationsform auf Zeit, um Personalanpassungen sozialvertraglich vorzunehmen. Sie ermöglicht auch, besonders benachteiligte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übergangsweise sinnvoll zu beschäftigen.

45. In den neuen Ländern muß möglichst schnell eine gute **Bildungs- und Berufsberatung** eingerichtet werden.

#### **Wohnungsnot bekämpfen**

46. **Erhalt und Neubau von menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnungen** werden für die Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands eine vordringliche Aufgabe, insbesondere für Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Die Vereinigung löst nicht die Wohnungsprobleme in der heutigen Bundesrepublik. Unser Wohnungsbauprogramm erhält und schafft zudem viele Arbeitsplätze.

47. Wir brauchen auf absehbare Zeit allein in Westdeutschland jährlich mindestens 350 000 neue Wohnungen, darunter 100 000 bis 120 000 echte **Sozialwohnungen**.

Im Unterschied zur Kohl-Regierung wollen wir sie mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen ausstatten. Dazu müssen für die kommenden Jahre die Bundesfinanzhilfen deutlich ausgeweitet werden.

48. Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus kommt es auf die **Belebung der privaten Bautätigkeit** an. Breite Schichten der Bevölkerung sollen in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Dazu werden wir

- die steuerliche Förderung vom Freibetrag hin zu einem fest kalkulierbaren **Abzug von der Steuerschuld** umstellen;
- direkte **Zinshilfen** einführen und
- **Energiesparinvestitionen** im Eigenheimbereich wieder direkt fördern.

49. Im geeinten Deutschland muß es ein **soziales Mietrecht** geben. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen gehört zu den sozialen Grundrechten. Deshalb ist es in Zeiten wachsender Wohnungsnot besonders wichtig, die soziale Funktion des Wohnungsbestandes zu sichern. Ein ver-

stärkter Mieterschutz ist erforderlich, damit Mieterhaushalte gegen Verdrängung durch Umwandlung und vor übermäßigen Mietpreissteigerungen und vor Wohnungsspekulanten besonders geschützt sind und damit der Bestand an Sozialwohnungen weiterhin für die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten verfügbar bleibt.

Angesichts der explodierenden Grundstückspreise in den Ballungsräumen ist die Schaffung eines sozialen Bodenrechts unabdingbar.

In den neuen Bundesländern müssen, ebenso wie bereits in den übrigen Bundesländern, aus umweltpolitischen Gründen die Mietnebenkosten (Heizung, Wasser, Abwasser, Müll) gesondert und kostendeckend abgerechnet werden; die Mietpreise müssen so bemessen werden, daß die Wohnungen davon auch erhalten werden können. Auf dieser Basis wollen wir ein Mietrecht, das die Mietpreissteigerungen grundsätzlich im Rahmen der allgemeinen Preis- und Einkommenssteigerungen hält.

50. Wohnungsbau braucht **Planungssicherheit** und eine mittelfristige Perspektive. Bei aller Dringlichkeit, neue Wohnungen zu bauen: Die Erweiterung des Bestandes muß sich in eine ökologisch und infrastrukturell sinnvolle Stadtentwicklung einfügen.

51. Für die **neuen Länder** sind **besondere Maßnahmen** notwendig, um das Wohnen in attraktiven Städten und Dörfern sicherzustellen. Dabei haben die existentiellen Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger Vorrang vor extensiven Privatisierungs- und Spekulationsabsichten im Wohnungsbau. Die soziale Funktion des Wohnens hat Vorrang vor der privaten Renditeerwartung von Wohnungsspekulanten und privaten Investoren.

Wir wollen

- die staatliche Wohnungs-**Zwangswirtschaft** durch eine **soziale Wohnungsmarktwirtschaft** ersetzen;

– den Zusammenbruch der Wohnungswirtschaft in den ostdeutschen Ländern verhindern, indem wir die Handlungsfähigkeit der **Wohnungsunternehmen** finanziell **absichern**;

– volkseigene Wohnungen kommunalisieren und in selbständige Wohnungsunternehmen überführen; diese Wohnungsbestände erhalten den Status „**sozialer Wohnungsbau**“ und bleiben preis- und belegungsgebunden;

– den **Kauf**, den Bau, die Renovierung und Modernisierung von Häusern und Wohnungen **zur eigenen Nutzung** finanziell fördern;

– dazu ein **Sonder-Programm „Eigene Wohnung“**; wer eine Wohnung oder ein Haus baut oder kauft und selbst nutzt, die grundlegende Modernisierung einer leergezogenen Wohnung finanziert, Wohnungs-Genossenschaftsanteile zeichnet, in Abstimmung mit seinem Vermieter in die Instandsetzung und Modernisierung seiner Mietwohnung investiert, durch Bausparkasse oder anders zweckgebunden vorspart, der erhält in den nächsten 5 Jahren eine besondere Förderung vom Staat;

– die riesigen **Energiesparmöglichkeiten** im Wohnungsbestand nutzen.

52. Bauen ist teuer. Um für Einkommensschwächere, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Ausländerinnen und Ausländer und andere benachteiligte Gruppen menschenwürdige Wohnungen zu sichern, ist die Förderung des **sozialen Wohnungsbaus** und die Erhaltung des Bestandes an sozial gebundenen Wohnungen Daueraufgabe des Staates. Die Bezahlbarkeit der Wohnkosten muß gewährleistet bleiben. Deshalb muß mit **Wohngeld** gezielt denjenigen Mietern und selbstnutzenden Eigentümern geholfen werden, die die höheren Kosten nicht alleine tragen können. Die **einkommensschwächeren**, selbstnutzenden Eigentümer müssen in gleicher Weise unterstützt werden.

53. Ohne **klare Verhältnisse bei Grund und Boden** scheitert die Wohnungs- und Stadtebaupolitik. Die bisher von den beiden Regierungen getroffenen Maßnahmen zu den offenen Vermögensfragen waren unendlich und wirken **investitionshemmend**. Es ist dringend erforderlich, das dort angesprochene Vorrecht für die gegenwärtige Nutzung zu konkretisieren und rechtlich verbindlich zu sichern, so daß das Eigentum klar zugeordnet ist und auf dieser Grundlage Boden gekauft und verkauft, in Erbbau vergeben, aber auch beliehen werden kann. Rechtssicherheit und Investitionssicherheit verlangen, daß die Entscheidung Vorrang vor der Rückgabe hat. Vor allem darf die Entscheidung nicht auf Enteignungen vor 1949 angewandt werden.

### Die Gleichstellungspolitik neu orientieren

#### Stichwort: Kindergeld

54. Auch in der Gleichstellungs- und Familienpolitik geht es um mehr soziale Gerechtigkeit. Die materiellen Belastungen, vor allem für jüngere Familien, sind zu hoch und im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren ungerecht verteilt.

Es ist ungerecht, daß Hochverdienende durch Kinderfreibeträge sehr viel höhere Steuerersparnisse erzielen als Durchschnittsverdienende. Wir werden die Ungerechtigkeiten des derzeitigen **Familienlastenausgleichs** beseitigen: Das über-sichtliche System aus einkommensabhängigem Kindergeld, den sozial wirksamen Kinderfreibeträgen und nicht kalkulierbarem Kindergeldzuschlag werden wir durch einen gerechten Familienlastenausgleich ersetzen. Dazu gehört auch, das Ehegattensplitting, das nur die Ehe, nicht aber die Familie fördert, umzugestalten und das Schüler-BAföG wieder einzuführen.

Wir wollen deshalb **ein erhöhtes, einheitliches Kindergeld von mindestens**

**DM 200** monatlich für jedes Kind (also auch bereits für das erste Kind, da dieses für die meisten Familien mit der größten finanziellen Belastung verbunden ist); für kinderreiche Familien gibt es einen zusätzlichen **Familienzuschlag** von DM 100 pro Monat und Kind ab dem 4. Kind.

#### Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

55. Kinder wollen Spielgefährten. Sie haben Anspruch auf soziale Erfahrungen in Gruppen. Mütter und Väter wollen Zeit für ihre Kinder haben, und sie wollen erwerbstätig sein. Kinder zu haben und gleichzeitig erwerbstätig zu sein, ist in Deutschland schwieriger als in vielen anderen europäischen Ländern.

Wir wollen die Erwerbsarbeit familienverträglicher gestalten. Dazu gehört da, wo noch nicht vorhanden, der dringend erforderliche Ausbau von möglichst ganztägiger **Kinderbetreuung**, d.h. Kindergärten, Kinderkrippen, Ganztagschulen und Horten. Als ersten Schritt werden wir einen Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung im Jugendhilfegesetz für alle Kinder im entsprechenden Alter gesetzlich verankern und stufenweise umsetzen.

56. Auch der bezahlte **Sonderurlaub**, den erwerbstätige Mütter und Väter zur Betreuung erkrankter Kinder erhalten, wird ausgebaut; dabei sind die besonderen Belastungen Alleinerziehender zu berücksichtigen. Wir wollen eine gute Betreuung von Kleinstkindern. Deshalb muß der Arbeitsplatz für den betreuenden Elternteil für mindestens drei Jahre gesichert sein, aber auch Kinderkrippen- und Tagespflegeplätze müssen ausgebaut werden.

Langfristig streben wir im geeinten Deutschland an, den Eltern die Wahl zu lassen zwischen einem bezahlten **Erziehungsurlaub** von bis zu drei Jahren je Kind und dem **Anspruch auf einen Kinderkrippenplatz**. Es ist unser Ziel, die bestehenden positiven Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Män-

nern weiterzuentwickeln und schrittweise umzusetzen. Bei allen sozialen Leistungen für Mutterschaft und Kindererziehung sind solche Finanzierungsformen zu nutzen, die die Arbeitsmarktchancen der Eltern nicht beeinträchtigen.

#### Stichwort: Gleichstellung, nichteheliche Lebensgemeinschaften

57. Mehr und mehr sind die Frauen erwerbstätig, aber noch immer sind Frauen und Männer im Arbeitsleben nicht wirklich gleichgestellt. Wir werden ein **Gleichstellungsgesetz** verabschieden, das die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben beseitigt: Der berufliche Aufstieg von Frauen soll stärker gefördert, Gleichstellungsbeauftragte sollen abgesichert, Verstöße gegen dieses Gesetz strikt geahndet werden. Entsprechend dem prozentualen Anteil weiblicher Arbeitsloser müssen Frauen in die Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden. Wir wollen nicht gerechtfertigte rechtliche Benachteiligungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften gegenüber der Ehe beseitigen (z. B. Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe).

#### Stichwort: Schwangerschaftsabbruch

58. Wir wollen eine **Regelung des Schwangerschaftsabbruchs**, die werdendes Leben schützt und die die Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Frau betont. Der Staat wird verpflichtet, durch wirksame soziale Hilfen werdendes Leben zu schützen.

Die entsprechenden Vorschriften werden wir außerhalb des Strafrechts gesetzlich verankern. Weil wir den Schutz werdenden Lebens durch wirksame soziale Angebote sicherstellen wollen, schaffen wir Rechtsansprüche auf konkrete Hilfen für Schwangere, die auf typische Konfliktsituationen abgestellt sind (z. B. Fortsetzung der Ausbildung, Bereitstellung von Wohnraum). Für Frauen in Schwangerschaftskonflikten werden wir plurale, flächendeckende Beratungseinrichtungen anbieten, die sie freiwillig in Anspruch nehmen können.

Entscheidet sich eine Frau für einen Schwangerschaftsabbruch, dann ist er in den ersten drei Monaten durchzuführen und straffrei zu stellen.

#### Das soziale Netz sichern

#### Stichwort: Soziale Grundsicherung

59. Die Schaffung der **Sozialen Grundsicherung** ist für uns ein wichtiges Reformvorhaben.

Die SPD hat durchgesetzt, daß die **Mindestrenten** in den neuen Ländern für eine Übergangszeit erhalten bleiben. Bis zu der von uns gewollten Einführung der **Sozialen Grundsicherung bei Alter und Invalidität** in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode müssen die Mindestrenten angepaßt werden.

Eine soziale Grundsicherung auch bei **Arbeitslosigkeit** und die **Verbesserung des Leistungsniveaus** wird erst möglich, wenn die Finanzierbarkeit gegeben ist.

#### Stichwort: Renten

60. Zur sozialen Sicherheit gehört unabdingbar die **Sicherheit der Renten**. Mit der Rentenreform 1992 ist die Finanzierung der Alterssicherung zwar auf längere Sicht gewährleistet. Aber schon in den neunziger Jahren müssen wir damit beginnen, die Weichen für den weiteren Weg der Alterssicherung zu stellen.

Die von der SPD durchgesetzte Berichtspflicht der Bundesregierung, ab 1997 die finanz- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen höherer **Altersgrenzen** darzulegen, wird die Grundlage für die Entscheidung über eine wünschenswerte Revision der angehobenen Altersgrenzen bilden. Eine Option für die SPD ist ein Arbeitgeberbeitrag, der sich nicht ausschließlich an der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme, sondern auch an der gesamten Wertschöpfung des Betriebes orientiert, also die Gewinne, Zinsen und Abschreibungen erfaßt.

Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode ein geschlossenes Konzept zur **Aktiersicherung der Frauen** (unter Berücksichtigung von in Betrieben mithelfenden Familienangehörigen) sowie für die Neuordnung des **Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrechts** (Rehabilitation und Frühvalidität) vorzulegen.

#### **Stichwort: Pflege, Gesundheit, Drogen**

61. Nicht zuletzt die demographische Entwicklung in Deutschland macht es erforderlich, das Pflegerisiko in Zukunft besser abzusichern.

Wir wollen daher einen eigenständigen neuen Sozialversicherungszweig „**Gesetzliche Pflegeversicherung**“ für alle einführen.

Damit sollen pflegebedürftige Menschen Leistungen – je nach Grad der Pflegebedürftigkeit – von zunächst 300 bis 600 DM erhalten. Bei häuslicher Pflege soll für die Urlaubszeit der Pflegeperson eine Ersatzkraft finanziert werden. Für die Pflegeperson werden Rentenversicherungsbeiträge gezahlt.

62. Wir wollen eine **Gesundheitsreform**, die ihren Namen verdient, die fehlerhafte Strukturen überwindet, statt bei Patienten abkassiert. Dazu müssen **alle ihren Beitrag leisten**, von der Pharma-Industrie bis zu den Zahnärzten. Freie Wahl der Krankenkasse für alle, mehr Rechte für die Krankenversicherung, Neuordnung und **Bereinigung des Arzneimittelmarktes** durch ein unabhängiges Arzneimittelinstitut und die Zusammenstellung einer Liste verordnungsfähiger Präparate sind unsere vorrangigsten Ziele.

63. Zugleich wollen wir die unsozialen Elemente der **Blümchen Gesundheitsreform rückgängig machen**.

Die notwendigen Korrekturen werden von uns unverzüglich angegangen und durch die von uns vorgesehenen Einsparungen bei den Krankenkassen finanziert.

In den **neuen Ländern** sind die Ambulanzen und Polikliniken zu erhalten.

64. Die **Rauschgiftkriminalität**, der Konsum illegaler **Drogen** und die Beschäftigungskriminalität werden zu einem immer drängenderen Problem.

Wir wollen **Verbeugung und Hilfe** verstärken. Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Wir wollen der Verelendung Abhängiger mit sozialtherapeutischen Maßnahmen und Hilfe zur Selbsthilfe begegnen. Um Abhängige aus der kriminellen Subkultur herauszulösen, um gesundheitliche Risiken zu vermindern und die Beschäftigungskriminalität zurückzudrängen, sind wir für die kontrollierte Vergabe von **Methadon** an Heroinsüchtige.

Der organisierte Rauschgifthandel soll mit aller Härte bekämpft werden. Das „Waschen“ von Drogengeldern soll auch bei uns strafbar sein, der Staat muß illegal erworbene Vermögenswerte einziehen dürfen.

#### **Steuergerechtigkeit herstellen**

65. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört **Steuergerechtigkeit**.

Zur Korrektur der unsozialen Steuerreform der Kohl-Regierung werden wir die steuerlichen **Grundfreibeträge** (im Rahmen der Rückgabe höherer Energiesteuern) kräftig verbessern, den **Weihnachtsfreibetrag** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Höhe von 600 DM wieder einführen, die **Sparefreibeträge kräftig erhöhen**, so daß die Millionen Normalsparer für ihre Zinserrträge keine Steuern mehr zahlen müssen, und gleichzeitig sicherstellen, daß **hohe Kapitalerträge** nach Recht und Gesetz **versteuert** werden und die unsoziale Steuerbegünstigung für die Beschäftigung von Haushaltshilfen abschaffen. Wir werden die steuerliche Familienförderung kinderfreundlicher gestalten, die Wohnförderung sozialer ausrichten, Energiesparinvestitionen stimulieren, Investitionen steuerlich begünstigen, eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform stützen.

### **III. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen**

66. Die deutsche Einheit bietet große Chancen zur **Verbesserung der Lebensbedingungen**, wenn der Einigungsprozeß sorgfältig und vernünftig vorangebracht wird.

67. Mit der Einführung der **DM als alleinigen Zahlungsmittel** ist die Wirtschaft der DDR schlagartig und völlig unvorbereitet dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgesetzt worden. Daß kaum ein DDR-Unternehmen diesem Wettbewerb gewachsen sein würde, war den Experten klar. Allen Warnungen zum Trotz hat die Kohl-Regierung im Alleingang eine Politik durchgepeitscht, in der das vom früheren SED- und Blockparteienregime zu verantwortende Fiasco der DDR-Wirtschaft noch verstärkt wurde. Jedem neuen EG-Mitglied wurden in der Vergangenheit längere Übergangs- und Schutzfristen eingeräumt als der DDR – obwohl in all diesen Fällen marktwirtschaftliche Grundstrukturen längst vorhanden waren.

Viele Betriebe in den neuen Ländern sind zusammengebrochen, die Arbeitslosigkeit hat dramatisch zugenommen, Menschen sind auf der Strecke geblieben. Die Regierung Kohl gibt eine Milliarde nach der anderen aus, um die Katastrophe zu vertuschen, die ihre Politik angerichtet hat. Statt das Geld sinnvoll für den Aufbau einer modernen Infrastruktur der ostdeutschen Wirtschaft zu verwenden, werden damit Wählerstimmen gekauft. Konservative Parteipolitik rangiert offensichtlich vor dem Gemeinwohl. Die Rechnungen begleiten die Steuerzahler.

#### **Maßnahmen für Arbeitsplätze in den neuen Ländern**

68. Es ist höchste Zeit für einen **Regierungswechsel**, wenn es in Deutschland nicht „weiter-so“ gehen soll. Als menschenverachtend empfinden wir eine Politik, die leichtfertig Massenarbeitslosigkeit in Kauf nimmt. Wir wollen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders fordern und alles daransetzen, im östlichen Teil Deutschlands schnell neue Arbeitsplätze zu schaffen.

69. Wir werden **sofort Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen** einleiten. Damit wollen wir auch den ökologischen Umbau, die Modernisierung, die Erneuerung der Industrie und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im **Dienstleistungssektor** beschleunigen.

70. Wir wollen

- eine **Qualifizierungsoffensive** besonders für Arbeitslose; dazu dienen auch die zu schaffenden **Beschäftigungsgesellschaften** und eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Arbeitsämter;
- Förderung von beschäftigungswirksamen **Privatinvestitionen**; deshalb haben wir dafür gesorgt, daß nach dem Einigungsvertrag die Hilfen so zu gestalten sind, daß Investitionen in den neuen Ländern bessergestellt werden als in den bisherigen Fördergebieten;
- **beschäftigungsintensive Infrastruktur- und Umweltinvestitionen**; im Rahmen unseres Programms „Arbeit und Umwelt“ sollen Investitionen für umweltschonende Energieversorgung, Verkehr, Wohnen und Beseitigung von Umweltlasten vorgezogen werden, die ohne lange Vorlaufzeiten begonnen werden müssen und sofort Arbeitsplätze schaffen;
- Förderung von **Existenzgründungen**;
- den **Ausstattungsrückstand der Forschungsinstitute** beheben.

71. Mit regionalen **konzentrierten Aktionen** unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Wirtschaft wollen wir die vorhandenen Kräfte bündeln, um die Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft möglichst schnell zu erreichen.

### Statt Strohfeuer: Infrastruktur fördern

72. Das Wichtigste ist, endlich mit dem schrittweisen Aufbau einer gesunden **Infrastruktur** in den neuen Ländern zu beginnen. Öffentlich geschaffene Infrastruktur schafft günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen.

73. Es kann nicht alles sofort geleistet werden, aber wir müssen uns entscheiden, wo wir anfangen. Gefragt sind klare **Prioritäten für die öffentlichen Investitionsprogramme**:

- eine **Qualifizierungsoffensive**;
- grundlegende Verbesserung der **Wohnsituation**;
- Aufbau einer modernen, umweltschonenden **Energieversorgung**;
- Wiederherstellung **natürlicher Lebensbedingungen** durch Umweltvorsorge und Altlastenbeseitigung;
- Aufbau eines leistungsrähigen und umweltverträglichen **Verkehrssystems**;
- Schaffung einer leistungsfähigen **Telekommunikation**;
- Hilfen für die **Landwirtschaft**.

74. Die rasche Erneuerung der hoffnungslos veralteten **Telekommunikation** im östlichen Teil Deutschlands ist für den Umstellungsprozeß mit entscheidend. Eine erhöhte Versorgungsdichte mit Telefonanschlüssen und die Bereitstellung neuer Dienste ist insbesondere für die Wirtschaft, nicht zuletzt für Existenzgründungen, kleine Betriebe und freie Berufe unaufschiebbar.

Wir wollen **bis 1997** eine moderne **Telefon-Vollversorgung**. Dieses schafft zu-

gleich Arbeitsplätze und Aufgaben auch für kleine und mittlere Unternehmen.

### Keine ungedeckten Wechsel auf die Zukunft

75. Die **Angleichung der Lebensbedingungen** der Bürgerinnen und Bürger im geeinten Deutschland ist eine große Zukunftsaufgabe. Sie kann freilich nicht sofort gelöst werden.

Andernfalls würden die öffentlichen und privaten Haushalte hoffnungslos überfordert, und der entstehende Verdruß bei den Menschen würde zu schwerwiegenden sozialen Belastungen und Verwerfungen führen.

76. Das geeinte Deutschland wird auf mittlere Sicht den Wohlstand in beiden Teilen Deutschlands mehren. Insofern sind die notwendigen **Finanzhilfen** für die strukturschwachen Regionen Deutschlands Zukunftsinvestitionen.

77. Für die nächsten Jahre allerdings wird die westdeutsche Bevölkerung einen spürbaren **Solidaritätsbeitrag** zu leisten haben. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind dazu bereit. Wer die Teilung überwinden will, muß teilen, aber für uns geht es um sozial gerechtes Teilen.

78. In den neuen Ländern müssen alle **Eigenanstrengungen** unternommen werden. Das unrechtmäßig erworbene **Vermögen** von SED/PDS, der CDU und der übrigen früheren **Blockparteien** und das Vermögen der **Treuhandanstalt** müssen für den Aufbau der neuen Länder eingesetzt werden. Wir wollen die Vergünstigungen (z. B. bei den Renten) für ehemalige **Stasi-Mitarbeiter** überprüfen und gegebenenfalls abschaffen.

79. Die Behauptung der Kohl-Regierung, daß die Lasten ohne Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verkraften sind, hat sich schon jetzt als falsch erwiesen. Die dramatisch ansteigende **Staatsverschuldung** hat zinstreibend gewirkt.

Der gegenwärtige Anstieg des durchschnittlichen Hypothekenzinses auf knapp 10 Prozent treibt auch im Westen selbst besserverdienende kreditunterstützte Eigenheimbesitzer in Existenznot.

Die Folgen der zinstreibenden Staatsverschuldung sind ein Rückgang des Wohnungsbaus und weniger Investitionen der Unternehmen in neue Arbeitsplätze. Die Leidtragenden der unsoliden Schuldenpolitik der Bundesregierung sind die Eigenheimwerker, die Mieter und Wohnungssuchenden, die Mehrheit der Gewerbetreibenden, die Arbeitslosen und nicht zuletzt auch die Steuerzahler, die die höheren Schuldzinsen des Staates schließlich bezahlen müssen. Mit ihrer Schuldenpolitik wälzt die Bundesregierung die Kosten der deutschen Einheit einseitig auf die Millionen Normalbürger ab, während die Besitzer hoher Kapitalvermögen von den höheren Zinsen zusätzlich profitieren. Damit ist die Schuldenpolitik der Bundesregierung eine Umverteilungsaktion, die die ungerechte Steuerreform noch weit in den Schatten stellt.

Die Möglichkeiten, zusätzliche Ausgaben über zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren, sind von der Bundesregierung im wesentlichen bereits ausgeschöpft. Das jetzt bereits erreichte Zinsniveau setzt einer zusätzlichen Kreditfinanzierung ebenso äußerste enge Grenzen wie die daraus folgende zusätzliche Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte in der Zukunft.

80. Zur Finanzierung der deutschen Einheit müssen alle **Finanzierungsreserven** voll genutzt werden. Deshalb müssen wir trotz konjunktureller staatlicher Mehreinnahmen in nächsten Jahren mit den öffentlichen Mitteln äußerst sparsam umgehen:

- Für Steuerenkungen für **Unternehmen** und Spitzenverdiener sehen wir keinen Raum.
- Vor allem bedarf es drastischer Kürzungen im **Verteidigungsbereich**.

– Die **teilungsbedingten Ausgaben** in der Bundesrepublik sind auf die neuen Länder umzubuchen.

– Das **Vermögen von SED/PDS**, der CDU (Ost) und der übrigen früheren Blockparteien der SED muß unverzüglich eingezogen und für den Aufbau der neuen Länder eingesetzt werden.

Schon die bisherige Entwicklung der Finanzlage läßt erkennen, daß **Einnahmeverbesserungen** unvermeidlich sind. Das weiß auch die gegenwärtige Bundesregierung, die diese Tatsache aus wahltaktischen Gründen vor dem 2. Dezember verschweigt. Wir Sozialdemokraten stellen uns den finanzpolitischen Notwendigkeiten. Dabei werden wir dafür sorgen, daß die soziale Gerechtigkeit beachtet wird. Notwendig und geeignet ist ein befristeter **Solidaritätsbeitrag** in Form einer **Ergänzungsgabe für Höherverdienende**. Die endgültige Entscheidung über Höhe, Einkommensgrenzen und Fristen ist erst möglich nach Offenlegung der Kosten durch die Bundesregierung. Die von der Bundesregierung stattdessen beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer ist mit dem Prinzip einer sozial gerechten Lastenverteilung unvereinbar.

### Aus dem Ende des Ost-West-Konflikts Konsequenzen ziehen

81. Die Überwindung der deutschen Spaltung hat – wie beispielhaft die Golf-Krise zeigt – nicht alle Krisenherde der Welt beseitigt, aber doch Deutschland und Europa sicherer gemacht. Nun gilt es, endlich aus der Entspannung Konsequenzen zu ziehen. Wir wollen die Chancen für **drastische Abrüstung** nutzen durch:

- mindestens eine **Halbierung des jetzigen Personalbestandes** der deutschen Streitkräfte;
- den **Stopp des Jäger 90** und anderer Großwaffensysteme;

- die **Beendigung** der militärischen **Tief- flüge** und eine deutliche **Reduzierung** der Manöver;
- eine erhebliche **Verringerung** der **militärischen Einrichtungen**;

- ein wirksames **Verbot von Rüstungs- exporten** in Entwicklungslander, Span- nungsgebiete, an Diktaturen oder Lan- der, in denen Menschenrechte oder das Völkerrecht verletzt werden. Die Umnor- der der Wirtschaftskriminalität auf die- sem Sektor ist durch die Golf-Krise be- sonders erschreckend deutlich gewor- den.

82. Wir wollen die schrittweise **Beseiti- gung der atomaren Abschreckung** und verlangen - statt kosmetischer Korrekturen - die sofortige Aufgabe der Strategie der "Vorverteidigung, der „flexible response“ und des atomaren Ersteinsatzes.

Nachdem der Osten Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Zone erklärt wurde, werden wir dafür sorgen, daß auch im Westen Deutschlands die Atomwaffen abgezogen werden. Hier darf es keine neue sicher- heitspolitische Spaltung geben. Deutsch- land wird völkerrechtlich verbindlich nicht nur auf die Produktion und den Besitz von Atomwaffen, sondern auch auf deren Sta- tionierung verzichten. **Deutschland wird atomwaffenfrei.** Wir wollen auch keine biologischen und chemischen Massenver- richtungswaffen.

83. Die Militärblöcke verlieren ihre Funk- tion. Wir streben ihre Ablösung an. Unser Ziel bleibt ein Vertrag zur Schaffung eines **europäischen Sicherheitssystems** im Rahmen der KSZE, in das die bisherigen Militärbündnisse aufgehen. Eine **gleichbe- rechtigte Partnerschaft** Deutschlands in der NATO verlangt, daß ausländische Streitkräfte unter keinem anderen Gast- recht als in anderen NATO-Staaten statio- niert bleiben können. Einen Einsatz und zu- sätzliche militärische Aufgaben von NATO und WEU **außerhalb des Geltungsberei- ches des Bündnisses** lehnen wir ab.

84. Wir wollen bei den Wiener Verhand- lungen und bei der geplanten KSZE Konfe- renz eine **drastische Reduzierung der Streitkräfte in Europa** und ihre strikt de- fensive Umstrukturierung erreichen

85. Wir wollen die uneingeschränkte Wahlfreiheit zwischen Zivil- und Grund- wehrdienst verwirklichen und die Dauer des **Grundwehr- und Zivildienstes** auf 9 Monate verkürzen.

86. Wir wollen einschneidende Einsparun- gen im **Verteidigungshaushalt**. Die SPD wird den ersten von ihr verantworteten ge- samtdeutschen Verteidigungshaushalt um mindestens 9 Milliarden Mark reduzieren und ihn auf mittlere Sicht halbieren.

Einen Teil der freiwerdenden Finanzmittel werden wir für die regionale Förderung strukturschwacher Gebiete verwenden, die von der Auflösung militärischer Einrichtun- gen betroffen werden. Einen weiteren Teil (mindestens ein Milliarde) verwenden wir für die Lander der „Dritten Welt“. Die rechtzeitige Umstellung der Rüstungsunter- nehmen auf zivile Produktion ist vorrangige Aufgabe der Unternehmen. Die **Rü- stungskonversion** muß auch durch staat- liche Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarkt- politik gefördert werden.

### Unser Ziel: Die Vereinigten Staaten von Europa

87. Über der staatlichen Vereinigung Deutschlands dürfen wir das große Ziel Europa nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen die **Vereinigten Staaten von Eu- ropa**. Wir wollen die EG stärken und gleichzeitig den EFTA-Staaten sowie den neuen mittel- und osteuropäischen Demo- kratien die Mitgliedschaft ermöglichen.

88. Zu dessen **Vorbereitung** müssen wir die EG-Institutionen stärken und dem Euro- päischen Parlament die Rechte einräumen, wie sie einer freigewählten Volksvertretung in einer Demokratie zustehen. Wer die großen transnationalen Aufgaben, wie z. B. den Umweltschutz lösen will, braucht ein starkes Europa. Die sozialdemokratisch

geführte Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die EG durch ein umfasser- des Sonderprogramm zur **ökologischen Modernisierung Osteuropas** dazu beitr- agt, das Gefälle in den Lebensbedingun- gen der Menschen zwischen Ost und West abzubauen.

Dies ist nicht nur ein Gebot der politischen und menschlichen Solidarität gegenüber den neuen Demokratien in Osteuropa; es liegt im ureigensten Interesse Deutschlands und der EG: Nur wenn es den neuen mit- tel- und osteuropäischen Demokratien ge- lingt, den Anschluß an die ökonomische und ökologische Entwicklung Westeuropas zu finden, können neue soziale Verwerfun- gen, neue Völkerwanderungen von Ost nach West, Rückfälle in diktatorische Herr- schschaftsformen sowie gefährliche national- istische Auseinandersetzungen verhindert werden. Denn was für den inneren Frieden gilt, gilt auch für den äußeren: nationale Fragen sind vor allem auch soziale Fragen.

Multikulturelles Zusammenleben in den Ländern Europas erfordert ökonomischen und sozialen Ausgleich.

89. Die Stärkung europäischer Verfas- sungsorgane muß einhergehen mit der **Stärkung der Länder und Regionen** in den Staaten Europas. Für die großen Pro- bleme unserer Zeit sind auch große Natio- nalstaaten zu klein - für die alltäglichen Probleme vor Ort ist der große National- staat nicht geeignet. Das Europa der Zu- kunft, die Vereinigten Staaten von Europa müssen **föderativ verfaßt** sein.

### Verantwortung nicht nur für Deutschland und Europa - auch für die „Dritte Welt“

90. Wir leben alle in **einer Welt**.

Die zunehmende globale Umweltzerst- örung, explosives Bevölkerungswachstum und erniedrigende Armut vieler Menschen gefährden nicht mehr nur die Entwicklung und den Frieden einzelner Regionen, son- dern bedrohen die Zukunft aller Menschen.

91. Deutschland ist wie kaum ein anderes Land der Erde in das **Weltwirtschafts-ystem** verflochten. Daraus ergibt sich eine große Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen, aber auch ein bedeutender Einfluß auf sie.

92. Ein **modernes Deutschland** muß die- ser Stellung innerhalb der Volkergemein- schaft verantwortungsbewußt gerecht wer- den und sich **für die ökonomisch schw-achen Länder** dieser Welt einsetzen.

Wir wollen

- uns international für die **Streichung der Schulden** der ärmsten Staaten der Erde engagieren und selbst auf diesem Weg vorangehen;

- mit unserer entwicklungspolitischen Zu- sammenarbeit zu einer **auf Dauer trag- fähigen, sozial- und umweltverträgli- chen, menschenwürdigen Entwicklung** beitragen;

- einen Teil der Einsparungen aus dem Verteidigungshaushalt für die **Entwick- lungszusammenarbeit** verwenden;

- dafür sorgen, daß bei der Zusammenar- beit **entwicklungspolitische Prüfstei- ne**, wie die Verwirklichung der Men- schenrechte und die Beseitigung interner Entwicklungshemmnisse, beachtet wer- den;

- dafür eintreten, die **internationalen Rahmenbedingungen** der Finanz-, Währungs- und Handelspolitik zugun- sten der Länder der „Dritten Welt“ zu verändern, um damit einen Schritt voran- zukommen auf dem Weg zu einer sozial und ökologisch verträglichen Weltwirt- schaft;

- im Rahmen der UNO tragfähige Pro- gramme zur Eindämmung des **Bevölke- rungswachstums** fördern und deren Realisierung politisch und finanziell un- terstützen;

- durch den **ökologischen Umbau** der Industriegesellschaft auch den Ländern der „Dritten Welt“ neue Chancen für umweltvertragliches Wirtschaften eröffnen und
- dafür sorgen, daß bei allen Entscheidungen die **Entwicklungsverträglichkeit** geprüft und gesichert wird.

### Modernisierung der staatlichen Verwaltung

93. Unser Ringen um Effizienz und mehr Wettbewerb darf nicht vor dem Staat haltmachen. Bei allem Respekt vor „Besitzstandswahrung“ und den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ – gerade die deutsche Einheit bietet die Chance zur Modernisierung und zu **mehr Effizienz auch im staatlichen Bereich**.

94. Im öffentlichen Dienst werden wir uns für den Vorrang der Beschäftigung unter den Bedingungen des Tarifrechts einsetzen. Der Beamtenstatus sollte auf den **hoheitlichen Kernbereich** der Staatstätigkeit beschränkt werden.

95. Wir wollen weitrhin Lebenszeitbeamte, aber das Leistungsprinzip im Leitungsbereich des öffentlichen Dienstes stärker anwenden. **Leitungsfunktionen** sollen nur **auf Zeit**, Spitzenfunktionen nur mit einem zeitlich befristeten Besoldungszuschlag vergeben werden.

### Mehr Demokratie wagen

96. Wir haben uns in unserem Berliner Grundsatzprogramm für mehr **Mitsprache** des einzelnen an gesellschaftlichen Entscheidungen ausgesprochen.

Das gilt nahezu symbolhaft für den Prozeß der deutschen Einheit. Nach der gesamtdeutschen Wahl muß das **Grundgesetz** auf der Basis der Vorschläge des von uns gewollten Verfassungsrates geändert, präzisiert und ergänzt werden. Wir haben unsere Vorschläge dazu auf den Tisch gelegt: Umweltschutz, Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Kultur

mindestens als Staatsziele, Verbot von Massenvernichtungsmitteln und Einschränkung des Kriegswaffenexports, Einsparungsverbot, Stärkung der Bürgerbeteiligung.

Am Ende soll das gesamte deutsche Volk über die neue Verfassung befinden.

Wir bekennen uns zur Verbesserung des **Minderheitenschutzes**, etwa bei der Behandlung von Homosexuellen.

Demokratie ist so stark, wie sie in der Lage ist, Minderheiten zu schützen und ihnen Rechte zu gewähren.

97. Mit der Demokratisierung der osteuropäischen Gesellschaften entfallen viele Gründe für Flucht und Vertreibung ehemals deutscher Staatsangehöriger. Der Status von **Aussiedlerinnen und Aussiedlern**, die bei Nachweis einer Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum Sonderstellungen einnehmen, ist daher durch eine Abschlußregelung, die die Nachkriegszeit endlich beendet, für die Zukunft zu beseitigen.

98. Wir wollen der Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken. Ein neues **Ausländerrecht** soll es den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ermöglichen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeder Ehepartner soll ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Diejenigen, die schon lange in Deutschland leben und hier heimisch geworden sind, sollen das **kommunale Wahlrecht** erhalten, auch wenn sie nicht deutsche Staatsbürger sind.

Wir treten ein für ein Bleiberecht der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich über die bilateralen Abkommen der ehemaligen DDR-Regierung mit Vietnam, Mozambique, Angola und Kuba auf dem Gebiet der ehemaligen DDR befinden.

99. Wir bekennen uns zum **Grundrecht auf Asyl** für politisch Verfolgte. Gerade weil wir dieses Grundrecht nicht aushöhlen lassen wollen, halten wir an einem strengen Anerkennungsverfahren fest. Menschen-

würdige Unterkünfte sowie eine Verminderung der Belastungen der Gemeinden sind dringend erforderlich.

100. Die Demokratie endet nicht vor den Toren von Betrieben und Unternehmen. Ein modernes, ein fortschrittliches Deutschland braucht eine **Demokratisierung der Wirtschaft**, eine Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sagen und Haben. Wir müssen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften mehr Chancen zur **Mitgestaltung der Arbeit** und zur Durchsetzung der **Gleichberechtigung** am Arbeitsplatz geben. **Humanisierung der Arbeit** und betrieblicher **Umweltschutz** müssen endlich herausragenden Rang erhalten. Die Bedingungen für eine **Beteiligung** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am **Produktivkapital** müssen verbessert werden.

Wir werden ein **Arbeitsrechtliches Sofortprogramm** der ersten 100 Tage vorlegen, denn wir wollen

- das unsazioelle sogenannte **Beschäftigungsförderungsgesetz** aufheben,
- **Teilzeitarbeitskräfte** wirksam **schützen** und **geringfügig Beschäftigte** in die Sozialversicherung einbeziehen,
- **Frauen** vor Diskriminierung im Arbeitsleben besser **schützen**,
- die **Chancengleichheit bei Arbeitskämpfen** wiederherstellen, deshalb muß als erster Schritt der Anti-Streikparagraf 116 im Arbeitsförderungsgesetz geändert werden.

Außerdem werden wir in die parlamentarischen Beratungen einbringen:

- ein modernes und fortschrittliches **Betriebsverfassungsgesetz**, denn das geltende Recht wird den technischen Herausforderungen nicht mehr gerecht,

- ein neues **Arbeitszeitgesetz**, denn die seit 1938 bestehende Arbeitszeitordnung ist überholt,
- ein Gesetz zur umfassenden **Gleichstellung** von Frau und Mann im Berufsleben,
- ein Gesetz zur Wiederherstellung der **Chancengleichheit im Arbeitskampf**, mit dem die Rechte von Gewerkschaften, Betriebsräten und einzelnen Arbeitnehmern im Arbeitskampf vor Macht und Willkür geschützt werden,
- ein **Arbeitsverhältnissgesetz**, in dem beispielsweise die Grundrechte am Arbeitsplatz, die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten und die Arbeitnehmerhaftung geregelt werden,
- ein Gesetz zur **Bekämpfung der illegalen Beschäftigung**, der Schwarzarbeit und der Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts,
- ein Gesetz zum **Arbeitnehmerdatenschutz**,
- ein Gesetz zur gleichberechtigten und gleichwertigen **Unternehmensmitbestimmung** auf der Grundlage des Montanmitbestimmungsgesetzes.

Wir bleiben bei der Devise, mit der die erste sozialdemokratische Regierung der Bundesrepublik vor 20 Jahren angetreten ist: Wir wollen mehr Demokratie wagen.

# Stichwortverzeichnis

Die **Zahlen** hinter den Stichworten bezeichnen die entsprechenden **Textziffern**.

- Abfall 23
- Abfallgesetz 24
- Abrüstung 7
- Abwasserabgabe 23
- Abzug von der Steuerschuld 49
- AFG 44, 100
- Agrarpolitik 30
- Alleinerziehende 46, 52, 56
- Altersgrenzen 60
- Alterssicherung 60
- Alllasten 10, 73
- Ambulanzen 63
- Angleichung der Lebensbedingungen 4, 76
- Anti-Streikparagraph 116 AFG 100
- Arbeit 96
- Arbeit entlasten 13
- Arbeit schaffen 37 ff.
- Arbeitnehmer 100
- Arbeitnehmerdatenschutz 100
- Arbeitnehmerhaftung 100
- Arbeitslose 41, 42, 57, 70
- Arbeitslose Jugendliche 43
- Arbeitslosigkeit 35, 40, 67, 68
- Arbeitsplätze 4, 5, 6, 7, 9, 37, 39 ff., 43, 44, 46, 68, 69, 70, 100
- Arbeitsplatz, Kinderbetreuung 56
- Arbeitsrechtliches Sofortprogramm 100
- Arbeitssicherheitsgesetz 24
- Arbeits- und Gesundheitsschutz 24
- Arbeitsverhältnisgesetz 100
- Arbeitszeit 6, 37, 39, 41
- Armut 90
- Arzneimittelinstitut 62
- Arzneimittelmarkt 62
- Asyl 99
- Atomare Abschreckung 82
- Atomarer Ersteinsatz 82
- Atomwaffenfreie Zone 82
- Auflösung militärischer Einrichtungen 86
- Aus- und Weiterbildung 40, 44
- Ausländer 98
- Ausländerrecht 98
- Aussiedler 97
- Aussperrungsverbot 96
- Autofahrer 14
- Bahnverbindungen 34
- BAföG 40
- Bausparkasse 51
- Beamtenstatus 94
- Belebung der privaten Bautätigkeit 48
- Benachteiligte Arbeitnehmer 44
- Benachteiligung von Frauen im Beruf 57
- Beratungseinrichtungen 58
- Beratungs- und Qualifizierungsangebote 44
- Berlin 4
- Berufsbeamtentum 93
- Berufs- und Bildungsberatung 45
- Berufs- und Erwerbsunfähigkeit 60
- Besitzstandswahrung 93
- Beschäftigungsförderungsgesetz 100
- Beschäftigungsgesellschaften 32, 44, 70
- Beteiligung am Produktivkapital 100
- Betreuung erkrankter Kinder 56
- Betrieblicher Umweltschutz 100
- Betriebsverfassungsgesetz 27, 100
- Bevölkerungswachstum 90, 92
- Bildung 96
- Biosphärenreservate 28
- Biotopschutzprogramm 28
- Blackparteien 7, 78, 80
- Bodennutzung 30
- Bodenrecht 49
- Bodenreform 33
- Böden 30
- Braunkohle 17
- Bürgerbeteiligung 96
- Chancengleichheit bei Arbeitskämpfen 100
- Chemie 30, 31
- Chemikaliengesetz 24
- Chlorbilanz 24
- Dezentrale Versorgungsstruktur 19
- Dienstleistung 9, 69, 74
- Diktatorische Herrschaftsformen 88
- Diktaturen 81
- Diskriminierung am Arbeitsplatz 100
- Dörfer 51
- Drastische Abrüstung 7, 81

„Dritte Welt“ 86, 92  
Drogen 64  
Drogenabhängigkeit 64  
Drogenhändler 64

Effizienter Staat 7  
EFTA 87  
EG 67, 88  
EG-Institutionen 88  
EG-Wettbewerb 31  
Ehegattensplitting 54  
Ehemals deutsche Staatsangehörige 97  
Eigenanstrengungen 78  
Eigenheimwerb 79  
Eigentumsfragen 33  
Einweggetränkerverpackungen 23  
Einwegverpackungen 24  
Energiebesteuerung 11 ff.  
Energieeinsparung in Gebäuden 16  
Energieforschung 22  
Energieimporte 20  
Energiekonzeption 17 ff.  
Energienutzung in Gebäuden 18  
Energieproduktivität 12  
Energiesparen 11.  
Energiesparende Haushaltsgeräte 12  
Energiesparinvestitionen 38, 48  
Energiesparmöglichkeiten 51  
Energiesparprogramm 18  
Energiespartechniken 22  
Energussteuern 65  
Energieverbrauch 11, 13  
Energieversorgung 9, 73  
Energieversorgungsmonopole 19  
Energiewirtschaftsgesetz 19  
Ernteignungen 33, 53  
Entfernungs- bzw. Fernpendlerpauschale 14  
Entsorgung 21  
Entspannung 7, 81 ff.  
Entschädigung 53  
Entwicklungsländer 81  
Entwicklungsverträglichkeit 92  
Entwicklungszusammenarbeit 92  
Ergänzungsabgabe für Höherverdienende 80  
Erneuerbare Energien 18, 19, 22  
Erziehungsurlaub 56  
Euratom-Vertrag 22  
Europa 7, 87 ff.  
Europäische Konföderation 87  
Europäischer Wettbewerb 41

Europäisches Parlament 88  
Europäisches Sicherheitssystem 83  
Existenzgründungen 70

Familien 46  
Familienlastenausgleich 54  
Familienpolitik 39, 54 ff., 65  
Familienzuschlag 54  
FCKWs 24  
Finanzausgleich 4  
Finanzhilfen 77  
Finanzierung der deutschen Einheit 80  
Flexible response 82  
Flugverkehr 34  
Föderativ 89  
Forschungs- und Technologiepolitik 12, 70  
Forstwirtschaftspolitik 29  
Frauen, Alterssicherung 60  
Frauenförderung 57  
Frieden 2  
Frühinvalidität 60

Gas 12  
Geeintes Europa 2  
Gefährliche Stoffe 24  
Gefahrguttransporte 34  
Gemeinden 99  
Geldwäsche 64  
Geringfügige Beschäftigungen 100  
Gesundheitsgefährdende Stoffe 24  
Gesundheitsreform 6, 62, 63  
Gewässersanierung 10  
Gewerkschaften 7, 71, 100  
Glaubwürdigkeit 4  
Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer 14  
Gleichberechtigung am Arbeitsplatz 100  
Gleichberechtigung von Frau und Mann 6  
Gleichstellung von Frau und Mann 2, 57, 100  
Gleichstellungsbeauftragte 57  
Gleichstellungsgesetz 57  
Golf-Krise 12, 81  
Grenzwerte Kraftstoffverbrauch 34  
Grund und Boden 53  
Grundfreibeträge 13, 65  
Grundgesetz 96  
Grundrecht auf Asyl 99  
Grundrecht auf Asyl 99  
Grundwasser 30  
Grundwehr- und Zivildienst 85

Grundstückspreise 49  
Gütertransport 34

Häusliche Pflege 61  
Heroinsüchtige 64  
Hoheitlicher Kernbereich 94  
Humanisierung der Arbeit 2, 6, 100  
Hypothekenzins 79

Illegale Beschäftigung 100  
Illegal erworbene Vermögenswerte 64  
Industrieprodukte 9  
Industriestandort 44  
Infrastruktur 7, 72 ff.  
Infrastruktur- und Umweltinvestitionen 70  
Integration Mittel- und Osteuropas 87  
Investitionen für umweltschonende Energieversorgung 70  
Investitionsprogramme 73  
Investitionsrücklage 36

Jäger '90 81  
Jüngere Familien 54  
Jugendhilfegesetz 55

Kapitalerträge 65  
Katalysator 34  
Kernenergie 21, 22  
Kernenergieabwicklungsgesetz 22  
Kfz-Steuer 15  
Kinderbetreuung 55, 56  
Kinderfreibeträge 54  
Kindergeld 54  
Kinderkrippen 55, 56  
Kinderlose Ehepaare 54  
Kinderreiche Familien 54  
Kläranlagen 10  
Kleine und mittlere Unternehmen 36  
Kleinstkinder 56  
Kohle 20, 21  
Kohle und Stahl 4  
Kohlekraftwerke 12  
Kommunales Wahlrecht für Ausländer 98  
Konsumgüter 9  
Konzertierte Aktionen 71  
Kosten der Kernenergie 22  
Kraftstoffverbrauch 34  
Kräfte der Marktwirtschaft 11  
Kraft-Wärme-Kopplung 18, 19  
Krankenkasse 62, 63  
Krankenversicherung 62  
Kreditfinanzierung 79  
Kriegswaffenexport 96

Krisenerfahrungen 44  
KSZE 83, 84  
Kündigungsschutz 100  
Kürzungen im Verteidigungsbereich 80  
Kultur 96

Lärmgrenzwerte 34  
Landschaften 26  
Landwirte 32  
Landwirtschaft 31, 32, 73  
Landwirtschaftliche Selbstverwaltungen 33  
Landwirtschaftspolitik 30 ff.  
Langzeitarbeitslose 43  
Lebensmittelrecht 24  
Lebenszeitbeamte 95  
Leistungsfähigkeit der Wirtschaft 35  
Leistungsprinzip 95  
Leitungsfunktionen auf Zeit 95  
Lineare Stromtarife 19  
LPGs 33  
Luftschadstoffabgabe 23  
Luftschadstoffe 11

Manöver 81  
Massenarbeitslosigkeit 39  
Massenvernichtungsmittel 96  
Mehr Demokratie 96 ff.  
Mehrwertsteuer 80  
Menschenrechte 81  
Methadon 64  
Mieten 52  
Mieterschutz 49  
Mietnebenkosten 49  
Mietpreis- und Belegungsbedingungen 47  
Mietpreissteigerung 49  
Militärblocke 83  
Militärische Einrichtungen 81  
Minderheitenschutz 96  
Mindestrenten 59  
Mineralölprodukte 12  
Mitbestimmung 7, 100  
Mitgestaltung der Arbeit 100  
Mittel- und osteuropäische Demokratien 88  
Mitwirkung der Bürger 2, 96  
Moderner, effizienter Staat 2  
Modernisierung des Staates 93 ff.  
Montan-Mitbestimmungsgesetz 100  
Mutterschutzfristen 56

Nah- und Fernwärme 18, 19  
Nahrungsmittel 25

Nationalistische Auseinandersetzungen 88  
National- und Naturschutzparks 26  
Nationalstaat 89  
NATO 83  
Natürliche Lebensbedingungen 73  
Naturgemäßer Waldbau 29  
Naturschutzgebiete 28, 30  
Naturschutzgesetz 28  
Naturschutzverbände 27  
Natur- und Landschaftsschutz 30  
Neue Dienstleistungen 9  
Neue Technologien 9  
Neue Verkehrspolitik 34  
Nichteheliche Lebensgemeinschaften 57  
Nichtsteuerpflichtige 13  
Nord- und Ostsee 23, 28  
Nordrhein-Westfalen 4

Öffentliche Investitionen 6  
Öffentlicher Dienst 94  
Öffentlicher Personennahverkehr 34  
Öko-Polo 12  
Öko-Steuer 12, 24  
Ökologisch orientierte Investitionen 37, 38  
Ökologisch-soziale Marktwirtschaft 5, 8  
Ökologische Besteuerung 12  
Ökologische Innovationskräfte 12  
Ökologischer Kassensturz 10  
Ökologischer Umbau 5, 8 ff., 35, 92  
Ökonomisch schwache Länder 92  
ÖPNV 34  
Oskar Lafontaine 3  
Ost-West-Konflikt 81 ff.

Personalanpassungen 44  
Personalbestand der deutschen Streitkräfte 81  
Pflege 61  
Pharma-Industrie 62  
Planungssicherheit 50  
Polikliniken 63  
Präparate 62  
Preispolitik 11  
Privatinvestitionen 70  
Privatisierung 51  
Programm „Arbeit und Umwelt“ 38, 70

Qualifizierung 6, 37, 40, 41, 57, 70, 73

Rahmenbedingungen für private Investitionen 72  
Rationelle Energienutzung 19  
Raumordnungspläne 26

Rauschgifthandel 64  
Rauschgiftkriminalität 64  
Recht auf menschenwürdiges Wohnen 49  
Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung 55  
Rechtsansprüche auf konkrete Hilfen für Schwangere 58  
Regierungserfahrungen 4  
Regionale Förderung strukturschwacher Gebiete 86  
Regionalverkehr 34  
Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit 68  
Rehabilitation 60  
Renten 6, 60  
Rentenreform 1992 60  
Risikodeckung für nukleare Unfälle 22  
Rückgabe der Öko-Steuern 13 ff.  
Rücknahme- oder Pfandpflichten 24  
Rüstungsexporte 81  
Rüstungskonversion 86  
Ruhrgbiet 4

Saarland 4  
Schadstoffhaltige Produkte 24  
Schienennetz 34  
Schiffbau 4  
Schüler-BAföG 54  
Schuldenpolitik 79  
Schwangerschaftsabbruch 58  
Schwerbehinderte 15  
Solidaritätsbeitrag 77  
Sondermüllabgabe 23  
Sonderprogramm „Eigene Wohnung“ 51  
Sonderurlaub 56  
Sonntagsarbeit 39  
Sozialdemokratische Regierungen 4  
Sozial gerechtes Teilen 77  
Soziale Gerechtigkeit 2, 7, 54, 65  
Soziale Grundsicherung 6, 59  
Soziale Sicherheit 2, 6, 35 ff., 96  
Soziale Vorsorge 4  
Soziale Wohnungsmarktwirtschaft 51  
Sozialer Wohnungsbau 38, 48, 51, 52  
Soziales Bodenrecht 49  
Soziales Mietrecht 49  
Soziales Netz 6, 59 ff.  
Sozialleistungen 13  
Sozialwohnungen 47, 49  
Sparrfreibeträge 65  
Spekulationen 51  
Staatsverschuldung 79  
Stadtentwicklung 50

Stadtanierung 10  
Städte 51  
Stärkung der EG 87  
Stärkung der Länder und Regionen 89  
Standortattraktivität 36  
Standortvorteil 41  
Stasi 78  
Steuerersparnisse 54  
Steuerfreie Investitionsrücklage 36  
Steuergerechtigkeit 6, 65  
Steuersenkungen für Unternehmen 80  
Straffe Anerkennungsverfahren 99  
Strafrecht 58  
Straßennetz 34  
Streichung der Schulden der ärmsten Staaten 92  
Streikkräfte 84  
Strukturschwache Regionen 76, 86  
Strukturveränderungen in Krisenregionen 4  
Subventionierung von Strom 18

Tarifrecht 94  
Teilungsbedingte Ausgaben 80  
Teilzeitkräfte 100  
Telekommunikation 73, 74  
Telefon-Vollversorgung 74  
Tempolimit 34  
Tiefzüge 81  
Tierhaltung 30  
Trennungsrechnung 34  
Treuhandanstalt 44, 78  
Truppenstationierung 83

Überstunden 39, 41  
Umschulung und Weiterbildung 32  
Umstellung der Rüstungsunternehmen 86  
Umwelt 2, 6, 96  
Umweltabgaben 23  
Umweltbeauftragte 27  
Umweltinvestitionen 16, 70  
Umweltlasten 70  
Umweltordnungsrecht 24 ff.  
Umweltrelevante Daten 27  
Umweltschutzmaßnahmen in Betrieben 16  
Umweltstrafrecht 24  
Umwelttechnologie 12  
Umweltverträglichkeitsgesetz 28  
UNO 92  
Unsoziale Steuerreform 13  
Unternehmensmitbestimmung 100  
Unternehmensstandort 36

Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen 31  
Verbesserung der Lebensbedingungen 1, 7, 66 ff.  
Verbesserung des Leistungsniveaus der Sozialhilfe 59  
Verbraucher 25  
Verinbarkeit von Familie und Beruf 6, 55 ff.  
Vereinigte Staaten von Europa 87 ff.  
Verfassung 96  
Verfassungsrat 96  
Verkehr 6, 9, 10, 34, 38, 70, 73  
Verkehrsinfrakt 34  
Verkehrverbände 34  
Verteidigungshaushalt 80, 86, 92  
Völkergemeinschaft 92  
Völkerrecht 81  
Vorruhestandsregelung 39

Währungsunion 7, 67  
Wärmeschutzstandards 19  
Waldsterben 29  
Weihnachtsfreibetrag 65  
Weiterbildung 40, 42, 44  
Weltwirtschaftssystem 91  
Wertschöpfung der Betriebe 60  
Wettbewerb 36, 67, 93  
WEU 83  
Wirbelschichtfunktion 12  
Wirtschaftskriminalität 81  
Wohnen 70, 96  
Wohngeld 52  
Wohnsituation 73  
Wohnungen 9, 46, 49  
Wohnungen zur eigenen Nutzung 51  
Wohnungsbau 6, 46, 47  
Wohnungsbauprogramm 46  
Wohnungs-Genossenschaftsanteile 51  
Wohnungsnot 49  
Wohnungsspekulanten 49  
Wohnungsunternehmen 51

Zahnärzte 62  
Zeitlich befristeter Besoldungszuschlag 95  
Zinserträge 65  
Zinshilfen 48  
Zivil- und Grundwehrdienst 85  
Zukunftsmärkte 9  
Zwangsbewirtschaftung 51

